DIE LINKE. Sachsen
Landesvorstand

B 8 – 147

Energiepreise – Kampagne unterstützen

Beschluss des Landesvorstandes vom 3. März 2023

Beschlüsse:

Der Landesvorstand der LINKEN Sachsen begrüßt die Streikinitiative "Wir Zahlen Nicht" und unterstützt die digitale Sammlung von Unterstützer*innen durch nachfolgende Maßnahmen:

1. Der Landesvorstand empfiehlt den Gliederungen der Partei in Sachsen die Streikinitiative durch individuelle Registrierung von Mitgliedern zu stärken.
2. Der Landesvorstand unterstützt die Sammlung von Registrierungen in

Phase 1:

- durch die Veröffentlichung eines entsprechenden Aufrufes auf der Homepage des Landesvorstandes
- die Organisation einer Auftaktveranstaltung (Online)
- die Verlinkung der Webseite wirzahlennicht.info
- die Erarbeitung und Veröffentlichung von Argumentationshilfen
- die Verbindungsaufnahme zu lokalen Akteuren außerhalb der LINKEN

Phase 2:

- durch die Bereitstellung von Druckvorlagen für Flyer, Plakate u.ä. zum Download
- die Kombination von analogen und digitalen Maßnahmen, z.B. Infostände mit der Möglichkeit zur digitalen Unterzeichnung, Flyer-Aktionen
- Öffentlichkeitsarbeit (Presse, soziale Medien)
- ggf. Einbindung in den Kommunalwahlkampf
- die Eröffnung von Diskussionsräumen nach Bedarf, ggf. auf dem anstehenden Parteikonvent

Anlagen:

-

politische Botschaft:

„Wir Zahlen Nicht“ kämpft als Streikinitiative gegen die enorm gestiegenen Strompreise und erhebt 4 Forderungen:

1. Verbot von Stromabschaltungen
2. Bezahlbarer Strompreis von 15ct/kWh
3. Vergesellschaftung der Energieversorgung
4. 100% erneuerbare und dezentrale Energie

Als Druckmittel zur Erreichung dieser Forderungen setzt die Initiative auf einen Zahlungsstreik, also die massenhafte Bestreikung der Abschlagszahlungen, sobald 1.000.000 Menschen sich auf der Webseite wirzahlennicht.info registriert haben. Danach sollen die Abschlagszahlungen für Strom kollektiv auf 15 ct/kWh gedeckelt werden. Wird nicht auf die o.g. Forderungen eingegangen, werden die Zahlungen

durch die Unterzeichner*innen komplett eingestellt.

Die Kampagne richtet sich dezidiert gegen die großen Energiekonzerne und nicht gegen kleine lokale Stromanbieter oder Stadtwerke, die sich ja bereits in öffentlicher Hand befinden. Durch ihr erzwungenes Agieren auf dem Strommarkt sind sie in keiner Weise an der Preisbildung beteiligt, sondern vielmehr genötigt, die Preistreiberei der Großkonzerne an ihre Kund*innen weiter zu geben.

Die Unterstützung dieser Initiative durch die LINKE bietet für unsere Partei die Möglichkeit, besser als bisher die Betroffenen der Energiepreiskrise anzusprechen. Es handelt sich um konkret greifbare Forderungen, die die unmittelbare Lebenswirklichkeit wichtiger linker Zielgruppen beeinflussen. Die Kampagne stellt ganz bewusst ein offensives Vorgehen der Akteur*innen in den Mittelpunkt, bietet die Chance für die Mobilisierung relevanter Bevölkerungsgruppen und führt im Erfolgsfall zu einer deutlichen Entlastung niedriger Einkommensgruppen.

Sollte der Landesvorstand sich für eine Unterstützung entscheiden, verursachen die Maßnahmen in Phase 1 keinerlei und in Phase 2 nur geringe Kosten.

Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit: Veröffentlichung im Internet (www.dielinke-sachsen.de)

weitere Maßnahmen: -

Finanzen: -

Die Vorlage wurde abgestimmt mit: -

Den Beschluss sollen erhalten: Landesvorstandsmitglieder/ Landesratsmitglieder/ Kreisvorsitzende/ Kreisgeschäftsführer*innen/ Ortsvorsitzende/ sächsische Mitglieder im Bundesausschuss/ Pressesprecher und Fraktionsgeschäftsführer der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag/ Landesparteitagsdelegierte/ sächsische Bundesparteitagsdelegierte/ Sprecher*innen der Landesweiten Zusammenschlüsse/ Abgeordnete im Europaparlament, Bundestag und Landtag/ sächsische Parteivorstandsmitglieder/ Regionalmitarbeiter*innen der Landtags- und Bundestagsfraktion/ Mitarbeiter*innen Landesgeschäftsstelle/ Jugendkoordinator*in/ Landesinklusionsbeauftragte*r

Abstimmungsergebnis:

dafür: 11 dagegen: 1 Enthaltungen: 2

F.d.R.

Dresden, 3.3.2023

Lars Kleba
Landesgeschäftsführer